

utb.

Petra Böhnke | Jörg Dittmann
Jan Goebel (Hrsg.)

Handbuch Armut



Inhalt

Einleitung.....	9
<i>Petra Böhnke, Jörg Dittmann und Jan Goebel</i>	
Wie sprechen wir über Armut?	
1. Konzepte, Diskurse und Messung	
1.1 Armutskonzepte.....	21
<i>Jörg Dittmann und Jan Goebel</i>	
1.2 Gesellschaftstheoretische Grundlagen und Potenziale soziologischer Armutsforschung.....	35
<i>Eva Barlösius</i>	
1.3 Armut im politischen Diskurs.....	45
<i>Martin Kronauer</i>	
1.4 Quantitative Messung von Armut.....	56
<i>Jan Goebel und Peter Krause</i>	
1.5 Armut in der Lebensverlaufsperspektive.....	69
<i>Marco Giesselmann und Leen Vandecasteele</i>	
1.6 Armut in Europa.....	79
<i>Nina-Sophie Fritsch und Roland Verwiebe</i>	
Was wissen wir über Armut?	
2. Problemfelder und Ursachen	
2.1 Armut im Zusammenspiel von Einkommen und Vermögen.....	93
<i>Jan Goebel und Markus M. Grabka</i>	
2.2 Armut in der Kindheit.....	107
<i>Maksim Hübenenthal</i>	
2.3 Armut von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.....	120
<i>Olaf Groh-Samberg</i>	
2.4 Armut und intergenerationale Mobilität.....	131
<i>Petra Böhnke und Boris Heizmann</i>	

1.6 Armut in Europa

Nina-Sophie Fritsch und Roland Verwiebe

In der Armutsforschung wird vielfach die Position vertreten, dass die Vermeidung von Elend und Armut ein zivilisatorisches Minimum ist, welches für entwickelte Gesellschaften verbindlich sein sollte. Armut ist ein Seismograf für den sozialen Zustand einer Gesellschaft: inmitten einer Wohlstandsgesellschaft stellt sie das Wirtschafts- und Sozialsystem infrage, gefährdet die politische und soziale Legitimation eines Sozialstaats und weist auf Verwerfungen in der weiteren Gesellschaft hin (Leibfried et al. 1995: 8). Der vorliegende Beitrag bemüht sich darum, die aktuelle Armutsentwicklung in Europa nachzuzeichnen, indem theoretische Perspektiven und empirische Trends miteinander verknüpft werden.

1 Ideengeschichtliche Ausgangspunkte

Die Beschäftigung mit Armut gehört seit der Gründungsphase der Disziplin zu den Kernthemen der Soziologie. Bereits im 19. Jahrhundert findet sich bei sozialwissenschaftlichen Klassikern ein Bezug auf das Thema Armut, etwa bei Marx („Lumpenproletariat“) oder bei Tocqueville („Pauperismus“). Eine erste allgemeinere theoretische Betrachtung von Armut, auf die auch heute noch Bezug genommen wird, legte Georg Simmel vor. In seinen Arbeiten unterscheidet Simmel zwei Armutsbegriffe: „Arm sein“ und „Armut“. Mit dem ersten Begriff verweist Simmel auf den – seiner Ansicht nach – „relativistischen Charakter“ von Armut. Bezugspunkt dieser relativen Definition von Armut ist bei Simmel das Milieu, die Schicht oder die Klasse, in dem/der man lebt: „[[Jedes allgemeine Milieu und jede besondere soziale Schicht besitzt typische Bedürfnisse, denen nicht genügen zu können Armut bedeutet“ (Simmel 1908: 369). Ist eine Person von den Lebensverhältnissen, die mit einer bestimmten Klassenposition verbunden sind, ausgeschlossen, wird sie sich innerhalb dieser Klasse als arm wahrnehmen. Es ist wichtig, festzuhalten, dass Simmel mit dieser Armutskonzeption die Basis für fast alle späteren Studien gelegt hat, denn auch in den aktuellen Armutsstudien wird i. d. R. ein relativer Begriff von Armut verwendet. Ferner ist aus Simmels Sicht die Abgrenzung der Armen als gesellschaftliche Gruppe a priori an institutionalisierte Formen sozialer Unterstützung gebunden. Armut besteht dort, wo es eine gesellschaftliche Reaktion auf Deprivation und Leid gibt. Durch die soziale Hilfeleistung wird Armut als solche symbolisch klassifiziert und (individuell) zugeschrieben. Der oder die Arme wird in dieser Logik vor allem über die Bedürftigkeit definiert und in diesem Sinne „de-klas-

siert“.¹ Damit hat der Wohlfahrtsstaat schon in der Vorstellung Simmels eine Doppelfunktion. Einerseits werden Unterstützungsleistungen gewährt, auf die ein rechtlicher Anspruch besteht; ein ungeheurer zivilisatorischer Fortschritt. In Not und Armut lebende Menschen sind somit nicht mehr von der Barmherzigkeit anderer abhängig, sondern haben durch ihre Mitgliedschaft in einem Gemeinwesen einen individuellen Anspruch auf Fürsorge. Andererseits ziehen die Institutionalisierung wohlfahrtsstaatlicher Programme und ihre Inanspruchnahme durch Hilfebedürftige auch Klassifizierungen und De-Klassierungen nach sich.

2 Theoretische und konzeptionelle Perspektiven

In der Armutsforschung wird häufig der Vergleich von unterschiedlichen europäischen Ländern und Wohlfahrtsstaaten angestrebt. Dabei legt die Untersuchung von Armutgefährdungsquoten auf europäischer Ebene aus zwei Gründen nahe, sich mit Konzepten zur Klassifikation von unterschiedlich verfassten Gesellschaften auseinanderzusetzen: Zum einen bietet die Verwendung von Typologien die Möglichkeit, durch Abstrahierung analytische Klarheit zu erzeugen. Zum anderen verlangt insbesondere die vergleichende Perspektive eine Beschäftigung mit der Wirkung, die institutionelle Rahmenbedingungen (z.B. die unterschiedliche Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme) auf die Lebensbedingungen von Personen und Haushalten haben (Esping-Andersen 1990; Lohmann 2007; Mau/Verwiebe 2010). In den bekannten komparativ angelegten Gesellschaftsanalysen wird diesem Aspekt ein besonderer Stellenwert eingeräumt (Crouch/Streeck 1997; Hall/Soskice 2001). Den für uns wichtigsten Anknüpfungspunkt bietet in diesem Kontext die Literatur der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung. Hier sind vor allem die Arbeiten von Esping-Andersen (1990) zentral. Dieser hebt mit der Einteilung in *liberale*, *sozialdemokratische* und *konservative* Wohlfahrtsregime die Unterschiedlichkeit der institutionellen Arrangements mit differierenden Wohlfahrtszielen in westlich orientierten Gesellschaften hervor. Die Einteilung in Wohlfahrtsstaaten nimmt Esping-Andersen (1990: 21ff.) entlang von drei Dimensionen vor: (1) Der Grad der *De-Kommodifizierung* gibt Aufschluss darüber, in welcher Weise ein Staat Personen die Möglichkeit bietet, ohne oder mit geringem Markteinkommen ein Auskommen zu sichern. (2) Bei der *Stratifizierung* geht es um die von Wohlfahrtsstaaten hervorgebrachte Struktur von Ungleichheit – z. B. gemessen an der Ungleichheit der Einkommensverteilung. (3) Der Grad des *Familialismus* gibt an, in welchem Ausmaß für die soziale Absicherung des Einzelnen auch ein Beitrag der Familie notwendig ist.

Wie wird Armut im modernen Wohlfahrtsstaat nun aber definiert, und welche Besonderheiten sollten mit Blick auf eine europäisch vergleichende Analyse berücksichtigt werden? Die wichtigste definitorische Unterscheidung ist die zwischen *absoluter* Armut und *relativer* Armut (Bäcker et al. 2008: 357; Kapitel 1.1 von Dittmann/Goebel

1 Simmel formuliert dies wie folgt: „Erst das Annehmen einer Unterstützung rückt also den Unterstützten aus den Voraussetzungen des Standes heraus, sie bringt den anschaulichen Beweis, daß er formal deklassiert ist“ (1908: 371).

in diesem Handbuch). Absolute Armut liegt vor, wenn Menschen nicht über die zur physischen Existenzsicherung notwendigen Güter wie Nahrung, Kleidung und Wohnraum verfügen. Relative Armut bemisst sich am allgemeinen Lebensstandard einer konkreten Referenzgesellschaft. Das durchschnittliche Einkommensniveau, die durchschnittliche Ausstattung mit Wohnraum oder eine durchschnittliche sozialkulturelle Integration dienen hier als Vergleichsmaßstab.² Für die ländervergleichende Analyse stehen ausgehend davon drei unterschiedliche Messkonzepte zur Verfügung. Beim *Ressourcenansatz* steht die Ausstattung von Personen und Haushalten mit Einkommen im Mittelpunkt. Das Einkommen einer Person oder eines Haushaltes gilt dabei als ein für die Armutsbestimmung passender Indikator, da das Einkommen einen universellen Charakter hat und zur Kompensation von Defiziten in vielen Lebensbereichen herangezogen werden kann (Giesecke/Verwiebe 2008; Klocke 2004). Die meisten Publikationen der Armutsforschung beruhen auf dem Ressourcenansatz; vor allem auch die Studien der europäischen Wohlfahrts- und Armutsforschung. Sie beziehen sich in erster Linie auf diesen Ansatz, da eine einkommensbasierte Armutsmessung gut vergleichbar ist. Zudem lassen sich bestehende nationale Statistiken heranziehen, die im Allgemeinen einfach zugänglich sind und auch bei Analysen über längere Untersuchungszeiträume zu zuverlässigen Ergebnissen führen (Piachaud 1992). Kritisch angemerkt wird bei der Anwendung des Ressourcenansatzes allerdings auch, dass

„der Handlungsspielraum eines Haushalts nicht nur durch die Ressource Einkommen, sondern auch durch weitere Ressourcen wie Vermögen (zum Beispiel Wohneigentum), schulische und berufliche Qualifikation (Humankapital), soziale Einbindung (Sozialkapital) und Verfügung über Zeit bestimmt wird“ (Bäcker et al. 2008: 357).

Der zweite Ansatz ist der *multiple Lebenslagenansatz* (detaillierte Darstellungen der Konzepte in Kapitel 1.1 in diesem Handbuch). Hier wird Armut nicht nur mit der Analyse des verfügbaren Einkommens erfasst, sondern zusätzlich in Hinblick auf die Ausstattung mit anderen wichtigen Ressourcen der Lebensführung. Der Lebenslagenansatz fragt danach, ob bei der Versorgung der Menschen mit Nahrung, Bekleidung, Wohnraum oder Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens Mindeststandards erreicht werden und ob die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist. Armut wird i. d. R. als eine Unterversorgung in mindestens zwei zentralen Lebensbereichen definiert (Bäcker et al. 2008: 357). Bei der Anwendung des multiplen Lebenslagenansatzes im Rahmen von ländervergleichenden Studien bleibt allerdings zu hinterfragen, welche Lebensbereiche in den unterschiedlichen Gesellschaften als relevant angesehen werden bzw. wie einheitliche Unterversorgungsschwellen für Länder mit unterschiedlichen Mindeststandards der Versorgung festgesetzt werden können. Zudem liegen internationale Vergleichsstatistiken hierzu (noch) nicht vor. Beim *Deprivationsansatz* wird

2 Auch die EU verwendet seit Anfang der 1980er-Jahre einen relativen Armutsbegriff: „The poor shall be taken to mean persons, families and groups of persons whose resources (material, cultural and social) are so limited as to exclude them from the minimum acceptable way of life in the member state in which they live“ (European Commission 1984).

Armut schließlich als mangelnde Teilhabe und Ausgrenzung konzeptualisiert (Andreß/Lipsmeier 1995; Townsend 1979). Der Deprivationsansatz bündelt Vorstellungen von der Versorgungslage eines Haushaltes (mit Versorgungsgütern, Gebrauchsgütern, Dienstleistungen), von soziokulturellen Mindeststandards und vom allgemeinen Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft (Böhnke/Delhey 2001: 317). Von Deprivation wird gesprochen, wenn eine Unterversorgung in festgesetzten Lebensbereichen vorliegt. Bei der Anwendung des Deprivationsansatzes in länderübergreifenden Studien sollten die gewählten Indikatoren sowohl mit externen Restriktionen, aber auch mit bewusst gewählten Entscheidungen (Stichwort Umweltbewusstsein) kontrastiert werden (Piachaud 1992). Für einen internationalen Vergleich zur Deprivation liegen inzwischen für die EU geeignete Daten vor und werden im vorliegenden Beitrag dargestellt (siehe Tabelle 1).

3 Empirische Trends

Vor dem Hintergrund dieser Erörterungen sollen in den folgenden Abschnitten die Armutsriskien in Deutschland mit denen in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verglichen werden. Dabei wird größtenteils auf Indikatoren zurückgegriffen, die sich am Ressourcenansatz der Armutsforschung orientieren. Für das Jahr 2015 werden ebenfalls Befunde auf Basis des Deprivationsansatzes dargestellt.

Der nachfolgende Vergleich der Armutsqoten vor und nach Sozialtransfers³ gibt Aufschluss darüber, wie gut Gesellschaften durch sozialpolitische Interventionen Armutgefährdung innerhalb des Wohlfahrtsstaates entgegenwirken. Aktuell verfügt mehr als ein Viertel der europäischen Bevölkerung über ein Einkommen (vor Sozialtransfers), welches nur ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ermöglicht. In einigen osteuropäischen Staaten (u.a. Litauen, Ungarn, Rumänien) ist die Armutgefährdung besonders stark ausgeprägt. Innerhalb Westeuropas ist sie vor allem in Irland, Großbritannien und Spanien hoch. Deutschland weist, ähnlich wie Österreich oder Frankreich, eine mittlere bis leicht unterdurchschnittliche Armutgefährdungsquote auf. Eine vergleichsweise niedrige Armutgefährdung vor sozialstaatlichen Transfers kann z.B. für die Niederlande und Tschechien beobachtet werden.

In Hinblick auf die Armutsriskien nach sozialstaatlichen Transfers findet sich auf der einen Seite eine Gruppe von Ländern, die einen relativ geringen Bevölkerungsanteil aufweisen, der ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle bezieht. In dieser Gruppe befinden sich Länder, in denen durch sozialpolitische Maßnahmen die Armutsriskien deutlich reduziert werden (European Commission 2007: 25). Zu dieser Gruppe gehören die sozialdemokratisch geprägten Länder Skandinaviens und Österreich mit einem eher konservativ geprägten Wohlfahrtsstaat, aber auch die Tschechische Republik. In diesen Staaten wird die Armutgefährdung durch wohlfahrtsstaat-

3 Sozialtransfers umfassen Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung, bei Arbeitslosigkeit, für Familien, bei Krankheit und Invalidität, zur Ausbildungsförderung, Wohngeld, Sozialhilfe und sonstige Leistungen.

liche Programme um bis zu 50% reduziert (Tabelle 1, zweite Spalte von rechts). Auf der anderen Seite stehen Länder, bei denen nach sozialstaatlichen Transfers etwa ein Fünftel der Bevölkerung von Armut bedroht ist. Zu dieser Gruppe gehören Staaten mit einem liberal-postsozialistischen oder mediterranen Wohlfahrtsystem (z.B. Litauen, Spanien). Eine besonders geringe Wirkung sozialpolitischer Interventionen lässt sich in Rumänien sowie in Griechenland beobachten (Armutsreduktion liegt bei weniger als 20%). Deutschland weist, nach sozialstaatlichen Transfers, eine im europäischen Vergleich durchschnittliche Armutsgefährdung auf: Fast 17% der Bevölkerung galten im Jahr 2015 als armutsgefährdet. Dies ist in der Gruppe der konservativen Wohlfahrtsstaaten der höchste Wert.

Tabelle 1: Armutsgefährdungsquote vor und nach sozialstaatlichen Transfers und materielle Deprivation in Europa

		Armutsgefährdungsquote							erhebliche materielle Deprivation
		vor Sozialtransfers			nach Sozialtransfers			Reduktion in %	
		1995	2011	2015	1995	2011	2015		
Konservative Wohlfahrtsstaaten	Belgien	27,0	27,8	26,7	16,0	15,3	14,9	44,2	5,8
	Deutschland	22,0	25,1	25,1	15,0	15,8	16,7	33,5	4,4
	Österreich	24,0	27,1	25,6	13,0	14,5	13,9	45,7	3,6
	Frankreich	26,0	24,7	23,9	15,0	14,0	13,6	43,1	4,5
Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten	Dänemark	-	28,4	25,8	10,0	13,0	12,2	52,7	3,7
	Schweden	-	27,9	26,9	-	14,0	14,5	46,1	0,7
	Niederlande	24,0	20,9	22,3	11,0	11,0	11,6	48,0	2,6
Mediterrane Wohlfahrtsstaaten	Griechenland	23,0	24,8	25,5	22,0	21,4	21,4	16,1	22,2
	Spanien	27,0	30,0	30,1	19,0	22,2	22,1	26,6	6,4
	Italien	23,0	24,4	25,4	20,0	19,6	19,9	21,7	11,5
Liberale Wohlfahrtsstaaten	Irland	34,0	39,6	37,2	19,0	15,2	15,6	58,1	8,4
	UK	32,0	30,5	29,2	20,0	16,2	16,7	42,8	6,1
Post-sozialistische Wohlfahrtsstaaten	Litauen	23,0	30,2	28,6	17,0	19,2	22,2	22,4	13,9
	Tschechien	18,0	18,0	16,8	8,0	9,8	9,7	42,3	5,6
	Ungarn	17,0	28,9	25,7	11,0	13,8	14,9	42,0	19,4
	Polen	30,0	24,1	22,9	16,0	17,7	17,6	23,1	8,1
	Rumänien	21,0	29,1	29,3	17,0	22,2	25,4	13,3	22,7
	EU-27/28	-	26,3	25,9	-	16,9	17,3	33,2	8,0

Quelle: Eurostat (2016); Armutsgefährdungsquote vor sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60% des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens; Grundlage ist das verfügbare Haushalts-äquivalenzeinkommen nach Abzug von Einkommens-, Vermögenssteuern und Sozialabgaben sowie unter Berücksichtigung von Transfers zwischen Haushalten. Renten/Pensionen werden als Einkommen vor Sozialtransfers gezählt. Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60% des

nationalen Median-Äquivalenzeinkommens unter Berücksichtigung von Sozialtransfers (z.B. Wohngeld, Kindergeld). Anmerkung: die Angaben für 1995 beruhen auf ECHP-Daten, ab 2004 auf EU-SILC-Daten. Erhebliche materielle Deprivation: ist definiert als die unfreiwillige Unfähigkeit, für mindestens vier von neun (1 Hypotheken/ Mietschulden; 2 Beheizung d. Wohnung; 3 unerwartete Ausgaben; 4 rgfm. fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten; 5 Urlaubsreisen; 6 Fernseher; 7 Waschkessel; 8 Auto; 9 Telefon) genannten Ausgaben aufkommen zu können.

Die Zeitreihen in Tabelle 1 zeigen auch, dass sich die Armutsrisiken nach sozialstaatlichen Transfers in den EU-Mitgliedsländern unterschiedlich entwickelt haben. In den meisten osteuropäischen Staaten ist das Armutsrisiko in den letzten Jahren zum Teil deutlich angestiegen. Für Osteuropa kann dies als die Kehrseite der gesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozesse und als Ausdruck einer weit verbreiteten liberalen Wohlfahrtslogik verstanden werden. Auch in Dänemark und Schweden stieg der Bevölkerungsanteil, der nach sozialstaatlichen Transfers ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle aufweist, was möglicherweise mit einem Rückgang der Sozialausgaben und der Reduktion von Wohlfahrtsprogrammen zu Beginn der 2000er-Jahre in einem Zusammenhang steht (Mau/Verwiebe 2010: 56ff.).

Die letzte Spalte in Tabelle 1 weist jene Personen aus, die im Jahr 2015 von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind (EU-27/28: 8%). In den konservativen Wohlfahrtsstaaten betrifft dies etwa 5% der Bevölkerung. Im Vergleich dazu können wir sehr hohe Deprivationsquoten in Ländern wie Griechenland (22,2%), Rumänien (22,7%) und Ungarn (19,4%) beobachten. In diesen Ländern ist jede fünfte Person erheblich materiell depriviert. Am geringsten ist die materielle Deprivation in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, und hier insbesondere in Schweden und den Niederlanden.

Die Armutsforschung hat in der Vergangenheit immer wieder argumentiert, dass ein Blick auf besondere Risikogruppen wichtig ist, um ein besseres Verständnis für die spezifische Struktur der Armutsentwicklung jenseits allgemeiner Trends zu erlangen (Andreß 2013; Lohmann 2007; Verwiebe 2011). Dazu werden i. d. R. Armutsrisiken verschiedener sozialer Gruppen betrachtet. Einige der hier wichtigsten Gruppen sind in Tabelle 2 dargestellt. Aufgeführt sind die Armutsgefährdungsquoten *nach* Sozialtransfers für Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Arbeitslose, ältere Menschen (+65 Jahre), unterschiedliche Bildungsschichten und Personen mit Migrationshintergrund.

Zunächst deuten die Zahlen in Tabelle 2 auf ein besonderes Armutsrisiko von Alleinerziehenden hin. Dieses ist fast doppelt so hoch (EU-27, 2015: 32,5%) wie für den Durchschnitt der EU-Bevölkerung (vgl. Tabelle 1). Besonders stark sind Alleinerziehende in Litauen und in Rumänien von Armut bedroht. Wesentlich günstiger ist die Situation von Alleinstehenden mit Kindern z.B. in Dänemark. Deutschland liegt mit einer Armutsquote von 30% knapp im EU-Durchschnitt. Ferner verweisen die Eurostat-Daten für den Zeitraum zwischen 1995 und 2015 auf recht unterschiedliche Trendentwicklungen. In Ländern wie Frankreich steigt das Armutsrisiko für Alleinerziehende seit dem Jahr 2000 wieder an, nachdem es zuvor deutlich gesunken war. In anderen westeuropäischen Ländern nimmt die Armutsgefährdung der Alleinerziehenden hingegen kontinuierlich ab, Beispiele hierfür sind Großbritannien und Irland, Länder, die 1995 noch mit das höchste Armutsniveau aufwiesen.

Familien mit drei oder mehr Kindern sind ebenfalls erhöhten Armutsrisiken ausgesetzt (Klocke/Hurrelmann 2013). Im EU-27-Durchschnitt weist diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2015 eine Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers von 27% auf. Besonders problematisch ist die Situation von kinderreichen Familien in Ländern mit einem mediterranen und post-sozialistischen Wohlfahrtsstaat: In Portugal, Italien, Spanien, Litauen, Polen und Ungarn sind drei bis vier von zehn kinderreichen Familien von Armut bedroht. Geradezu dramatisch ist die Lage dieser Familien in Rumänien (73% Armutsquote). Vergleichsweise günstig ist die Situation in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und in Deutschland, wo zwischen 12% und 16% der kinderreichen Familien ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. Dies entspricht im Prinzip dem Armutsrisiko des Bevölkerungsdurchschnitts in diesen Ländern (vgl. Tabelle 1). Ein Blick auf zeitliche Trends zeigt ferner: Zwischen 1995 und 2015 blieben die Armutsrisiken kinderreicher Familien im europäischen Durchschnitt tendenziell konstant. Die Entwicklung innerhalb der Länder verläuft dabei nicht gleich. In Ländern wie Deutschland, Großbritannien oder Irland beobachten wir in diesem Zeitraum eine Verringerung des Armutsrisikos von kinderreichen Familien. Eine massenhafte Verarmung von kinderreichen Familien findet in den letzten zehn Jahren in Spanien und Rumänien statt.

Ältere Menschen gehören traditionell zu den besonders mit Armut konfrontierten Gruppen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Die vorliegenden Zahlen machen allerdings deutlich, dass in den meisten westeuropäischen Staaten die Armutsrisiken der über 65-Jährigen in den letzten Jahren gesunken sind. Deutschland kann hier als Beispiel angeführt werden: Das Armutsrisiko von Senioren lag im Jahr 2015 bei 16,5%, 1995 war noch knapp jeder Fünfte über 65-Jährige von Armut betroffen. Die Gründe für diesen Rückgang der Armutsquote von über 65-Jährigen sind vielfältig (European Commission 2007). Genannt werden können u.a. die Einführung/Erhöhung von Mindestlöhnen, die Erhöhung von Renten sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit/spätere Renteneintritte. Sehr viel problematischer ist die Lage der älteren Menschen in einigen osteuropäischen Ländern; z.B. in Litauen.

Tabelle 2: Hauptsächlich von Armut betroffene Gruppen nach Sozialtransfers

	Alleinerziehende mit Kindern			Familien mit drei oder mehr Kindern			65-Jährige +			Arbeitslose			Bildungsniveau (ISCED, 2015)			Migranten (2015)	
	1995	2005	2015+	1995	2005	2015+	1995	2005	2015	1995	2005	2015	0-2	3-4	5-8	EU-28	Nicht EU-28
Belgien	31,0	33,2	36,4	13,0	19,6	20,0	21,0	21,4	15,2	34,0	30,9	40,7	24,9	13,6	6,7	22,0	56,0
Deutschland	48,0	25,8	29,4	23,0	11,6	14,0	18,0	13,4	16,5	38,0	40,9	69,1	29,8	16,2	10,2	18,0	37,1
Österreich	28,0	27,0	31,6	24,0	20,0	29,6	15,0	14,3	13,2	32,0	46,9	41,4	22,1	11,3	9,7	33,5	33,8
Frankreich	30,0	25,6	35,5	23,0	20,1	19,1	17,0	16,4	8,0	34,0	29,5	37,1	18,2	12,2	6,2	24,1	39,5
Dänemark	-	20,9	13,0		13,8	12,4	-	17,6	9,1		26,8	37,6	15,6	12,3	8,8	27,0	38,3
Schweden		20,4	33,7	-	9,7	16,9		10,1	18,2	-	26,9	39,3	25,0	13,3	10,1	27,5	53,8
Niederlande	40,0	26,8	25,6	17,0	19,9	17,8	6,0	5,4	5,6	18,0	27,9	35,5	11,6	12,6	8,2	13,9	15,8
Griechenland	23,0	43,5	27,8	22,0	32,7	32,4	34,0	27,9	13,7	35,0	32,6	44,8	25,3	21,2	9,8	28,3	47,5
Spanien	29,0	37,3	42,0	31,0	36,0	44,1	13,0	29,3	12,3	37,0	34,8	46,5	26,9	20,0	9,8	33,4	54,6
Italien	28,0	35,4	37,5	31,0	34,5	31,8	16,0	22,6	14,7	48,0	44,2	47,3	24,0	16,0	8,3	31,0	35,2
Irland	46,0	45,2	34,9	32,0	25,9	20,6	17,0	32,8	10,9	37,0	47,1	31,8	20,5	18,9	7,8	14,6	39,8
UK	55,0	37,9	28,6	36,0	28,0	30,8	30,0	24,8	16,4	52,0	53,9	48,3	22,5	16,2	9,3	19,6	22,3
Litauen	20,0	48,4	46,0	25,0	44,4	39,8	14,0	17,0	25,0	36,0	62,8	62,3	39,0	22,6	7,4	-	-
Tschechien	26,0	41,0	35,9	18,0	24,7	24,0	6,0	5,3	7,4	30,0	51,1	48,7	22,4	7,9	2,9	12,7	11,2
Ungarn	28,0	27,1	29,7	27,0	26,0	31,5	8,0	6,5	4,6	32,0	49,7	54,4	27,0	11,6	4,6	9,6	17,6**
Polen	26,0	40,1	27,6	30,0	44,8	35,8	8,0	7,3	12,1	38,0	45,6	45,7	29,4	17,3	4,8	-	-
Rumänien	26,0	42,5*	30,7	34,0	54,8	73,1	17,0		19,4	30,0	34,0	55,5	35,2	16,6	2,8	-	-
EU-27/28	-	31,4	32,5	-	25,9	26,9		18,9	14,0		39,7	47,7	25,1	15,1	8,0	23,7	37,3

Quelle: Eurostat (2016); Angabe von Armutsquoten in %; *2006, +aktuell verfügbare Zahlen aus dem Jahr 2014; ** aktuell verfügbare Zahlen aus dem Jahr 2011.

Arbeitslose haben das höchste Armutsrisiko aller betrachteten sozialen Gruppen. Im EU-Durchschnitt verfügen vier bis fünf von zehn Arbeitslosen über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Eurostat 2016). Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Arbeitslose in Deutschland sowie in Litauen, Ungarn und Rumänien. In Deutschland sind fast 70% der Arbeitslosen armutsgefährdet. Gegenüber der Mitte der 1990er-Jahre (Quote von 38%) ist dies eine deutliche Zunahme. Was sich hier an sozialen Risiken zeigt, ist ein Ergebnis der umfassenden De-Regulierungen der letzten Jahre (Stichwort Hartz-Reformen).⁴

In Hinblick auf die Armutsrisiken unterschiedlicher Bildungsschichten bestätigen die Zahlen in Tabelle 2 etablierte Befunde aus der Sozialstrukturforschung, nach denen es einen engen Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Lage gibt (Allmendinger 1999; Solga 2011). Konkret zeigt sich, dass Europäer mit tertiären Bildungsabschlüssen (ISCED 5-8) geringe Armutsrisiken haben. Sie lagen im Jahr 2015 im EU-27-Durchschnitt bei 8 %; in Deutschland hingegen bei rund 10%. Im Gegensatz dazu weisen Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen (ISCED 3-4) höhere Armutsrisiken auf. Im EU-27-Durchschnitt liegen die Armutsquoten dieser Personengruppe bei ca. 15%. Überdurchschnittlich hohe Armutsquoten sind für Personen mit geringen Qualifikationen bzw. für Personen ohne formale Bildungsabschlüsse (ISCED 0-2) zu beobachten. Dies zeigt sich in einigen liberalen und mediterranen Wohlfahrtsstaaten sowie in Litauen und in Rumänien. Auch für Deutschland ist mit einer Quote von fast 30% ein relativ hohes Armutsrisiko für gering Qualifizierte zu beobachten.

Personen mit Migrationshintergrund weisen ebenfalls erhöhte Armutsquoten auf. Tabelle 2 unterscheidet zwischen Personen aus den EU-28-Ländern und Personen aus Drittstaaten auf Basis der Staatsangehörigkeit. Personen mit Migrationshintergrund weisen teilweise stark erhöhte Armutsquoten im Vergleich zu Einheimischen auf (siehe Vergleich mit Tabelle 1). Besonders ausgeprägt ist der Unterschied z.B. in Belgien (Einheimische 14,9%, EU-Migranten 22,0%, Drittstaatsangehörige 58%), in Dänemark (Einheimische 12,2%, EU-Migranten 27,0%, Drittstaatsangehörige 38,3%), aber auch in Schweden (Einheimische 14,5%, EU-Migranten 27,5%, Drittstaatsangehörige 53,8%). Tabelle 2 verdeutlicht damit die Heterogenität innerhalb der Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund in der Armutsgefährdung. Migranten aus Drittstaaten leben unter weitaus schlechteren Bedingungen als transnational mobile EU-Bürger, die aufgrund des EU-Rechts über einen viel besseren Zugang zum Bildungssystem, dem Arbeitsmarkt und zu wohlfahrtsstaatlichen Programmen verfügen (Verwiebe et al. 2014).

4 In den 1990er-Jahre lag die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau, worauf politisch mit einem umfassenden Abbau/Umbau des Wohlfahrtsstaates und einer De-Regulierung des Arbeitsmarktes geantwortet wurde. Unter den Prämissen der Agenda 2010 beinhaltete dies erhebliche Kürzungen bei Rentenansprüchen, Lohnersatzleistungen und in der Sozialhilfe sowie eine Liberalisierung des Kündigungsschutzes, Senkungen der Lohnnebenkosten, Vereinfachungen von Betriebsgründungen und eine verstärkte Förderung von Selbstständigkeit. Im Ergebnis führten diese Restrukturierungen zu einem stetigen Ausbau von flexiblen Beschäftigungsformen, einer Reduzierung der sozialen Absicherung und einem Wachstum von Arbeitsmarktsegmenten, in denen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung typisch sind (zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut siehe auch Kapitel 2.9 in diesem Band).

4 Schluss

Der vorliegende Beitrag zeichnet insgesamt ein facettenreiches Bild von Armut in Deutschland und Europa. Dabei ist klargeworden, dass Deutschland ein immer noch relativ gut funktionierender Wohlfahrtsstaat ist, der die Armutsgefährdung der Bevölkerung auf ein moderates Niveau bringt, bei allerdings *abnehmender Tendenz* des wohlfahrtsstaatlichen Ausgleichs.

Die einstmals besondere Armutsgefährdung von kinderreichen Familien – wie sie in vielen süd- und osteuropäischen Staaten noch immer virulent ist – besteht in Deutschland in dieser Form aktuell nicht mehr. Bei den Alleinerziehenden haben wir zwischen 1995 und 2005 eine positive Entwicklung gesehen, die sich allerdings in den letzten zehn Jahren wieder ins Gegenteil verkehrt hat. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den über 65-Jährigen (Rückgang bis 2005, seither Anstieg der Armutsgefährdung). Eklatant ist die sich deutlich verschlechternde Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Es gibt *kein* anderes europäisches Land, in dem die Situation der Erwerbslosen so schlecht ist wie in Deutschland. Die Politik und die Öffentlichkeit sind gut beraten, sich diesem Problem mehr zu stellen, als dies bisher der Fall war. Es drohen sonst weitergehende soziale Verwerfungen, spätestens dann, wenn die derzeit sehr geringe Arbeitslosigkeit bei konjunktureller Abkühlung wieder auf ein Niveau steigt, wie es für eine lange Phase um die Jahrtausendwende typisch war. Zudem werden die Arbeitsmarktkohorten, die aktuell oder in der Vergangenheit (mehrfach) arbeitslos waren, zeitnah in Rente gehen. Bleiben die derzeitigen sozialpolitischen Logiken bestehen, wird mittelfristig in Deutschland die Altersarmut noch einmal stärker ansteigen als dies ohnehin in den letzten fünf Jahren zu beobachten war.

Literatur

- Allmendinger, Jutta (1999): Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 50, 1, S. 35–50.
- Andreß, Hans-Jürgen/Lipsmeier, Gero (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. Aus Politik und Zeitgeschichte 31–32, S. 35–49.
- Andreß, Hans-Jürgen (2013): Leben in Armut: Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Wiesbaden: Springer VS.
- Bäcker, Gerhard/Naegele, Gerhard/Bispinck, Reinhard/Hofemann, Klaus/Neubauer, Jennifer (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Bd. 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. Wiesbaden: VS.
- Böhnke, Petra/Delhey, Jan (2001): Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 315–335.
- Crouch, Colin/Streeck, Wolfgang (1997): Political Economy of Modern Capitalism. London: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. Princeton: Princeton University Press.

- European Commission (2007): Joint Report on Social Protection and Social Inclusion. Luxembourg: European Commission.
- Eurostat (2016): Population and social conditions. Luxembourg: European Commission.
- Giesecke, Johannes/Roland Verwiebe (2008): Die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 1998 und 2005 – steigende Ungleichheit. WSI-Mitteilungen 61, 2, S. 85–91.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.
- Klocke, Andreas (2004): Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzept im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie 29, 4, S. 313–329.
- Klocke, Andreas/Hurrelmann, Klaus (2013): Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. Wiesbaden: Springer.
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz/Buhr, Petra/Ludwig, Monika/Olk, Thomas/Voges, Wolfgang (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lohmann, Henning (2007): Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten: Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie. Wiesbaden: VS.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2010): European Societies. Mapping Structure and Change. Bristol: Policy Press.
- Nolan, Brian/Whelan, Christopher, T. (2011): Poverty and Deprivation in Europe. Oxford: Oxford University Press.
- Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. Hamburg: Hamburger Edition.
- Piachaud, David (1992): Wie misst man Armut? In: Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, Rainer/Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63–103.
- Simmel, Georg (1908): Der Arme. In: Simmel, Georg (Hrsg.): Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humboldt, S. 360–362.
- Solga, Heike (2011): Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hrsg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden: VS, S. 411–448.
- Townsend, Peter (1979): Poverty in the United Kingdom: a survey of household resources and standards of living. Berkeley: University of California Press.
- Verwiebe, Roland (2011): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller.
- Verwiebe, Roland/Wiesböck, Laura/Teitzer, Roland (2014): New forms of intra-European migration, labour market dynamics and social inequality in Europe. In: Migration Letters 11, 2, S. 125–136.